

UGANDA

Mathias Kamp

VIELFÄLTIGE SYMPTOME

In den kommenden hundert Jahren erwartet Uganda nach Angaben von Wissenschaftlern einen Temperaturanstieg von drei bis vier Grad Celsius. Doch schon heute sind die Folgen des Klimawandels in Uganda spürbar. Sie zeigen sich primär dadurch, dass sich Uganda in immer kürzeren Abständen mit extremen Wetter- und Klimaereignissen konfrontiert sieht. Wissenschaftler erklären dies vor allem im Zusammenhang mit einer Zunahme des Wetterphänomens El Niño, das in Ostafrika für unterschiedliche Extreme sorgt: zum einen kommt es zu unerwarteten und massiven Regenfällen und Überschwemmungen, zum anderen zu längeren und häufigeren Trockenzeiten.

Wie verwundbar Uganda ist, zeigten unter anderem lange Dürreperioden in den Jahren 1999/2000 und 2005/2006, die zu Ernteeinbußen, Nahrungsmittelknappheit und zur Absenkung des Wasserspiegels des Victoriasees führten. 2007 und 2009 gab es massive Überschwemmungen, die Ernten und Infrastruktur zerstörten. Im März 2010 kam es in der Region des Elgon-Gebirges zu einem massiven Erdbeben, das mehrere Dörfer zerstörte und rund 400 Menschen das Leben kostete.

Neben diesen Wetterextremen ist ein allgemeiner Trend zum Anstieg der Temperaturen und einem Absinken der Niederschlagsmengen zu beobachten. Die einst regelmäßigen Regen- und Trockenzeiten verschieben sich und sind weniger verlässlich. Unregelmäßigkeiten und Schwankungen in der Menge und Verteilung von Niederschlägen erschweren die Planung in der Landwirtschaft.

Obwohl die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Symptomen des Klimawandels in Uganda bisher schwach ausgeprägt ist, gibt es eine Reihe von Studien, die die Auswirkungen systematisch darlegen. Dazu zählt in erster Linie die Problemanalyse im National Adaption Programmes of Action (NAPA) der ugandischen Regierung, dem zentralen Referenzdokument für Anpassungsstrategien im ugandischen Kontext. Daneben widmet sich der ebenfalls von der Regierung herausgegebene *State of Uganda Population Report 2009* dem Schwerpunktthema Klimawandel, insbesondere hinsichtlich seiner Auswirkungen auf das Migrationsverhalten und die Situation von Frauen. Auch die Nichtregierungsorganisation Oxfam

sowie das World Water Assessment Programme (WWAP) der UNESCO lieferten detaillierte Analysen der Situation in Uganda.

KOMPLEXE WECHSELWIRKUNGEN

Für die meisten im Zusammenhang mit den Klimaänderungen diskutierten Probleme in Uganda ist der Klimawandel nicht die alleinige Ursache. Stattdessen ergibt sich in den meisten Fällen ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren, die sich oft gegenseitig bedingen oder verstärken. So verschärfen die Auswirkungen des Klimawandels diverse hausgemachte Probleme. Hierzu zählen die zunehmende Entwaldung, nicht nachhaltige Landwirtschaft, die Ausbeutung und Zerstörung der Böden und natürlichen Ressourcen und die Ausweitung von Bebauungen in geschützte Räume wie Feuchtgebiete usw.

Ein besonderer Faktor im ugandischen Kontext ist das rapide Bevölkerungswachstum. Uganda hat eine der weltweit höchsten Geburtenraten. Dieses Wachstum erhöht den Druck auf verfügbare Lebensräume und natürliche Ressourcen, mit negativen Folgen für Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Besonderen Anlass zur Sorge gibt die Nahrungsmittelversorgung. Statistiken zufolge wächst die Bevölkerung in einem wesentlich schnelleren Tempo als die Produktivität der Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion, so dass für die Zukunft größere Engpässe als bisher zu erwarten sind.

KLIMAWANDEL ALS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Besonders problematische Zusammenhänge bestehen zwischen den Klimafolgen und der weit verbreiteten Armut. Zum einen verschärfen die beschriebenen Auswirkungen des Klimawandels das Problem der Armut und stellen zum Teil massive Hindernisse für eine effektive Armutsbekämpfung dar. Zum anderen macht das Leben in Armut die Betroffenen besonders verwundbar für die lokalen Folgen des Klimawandels und schränkt ihre Adaptionsfähigkeiten an die sich verändernden Bedingungen ein.

Im Bereich der Armutsbekämpfung und der Entwicklungspolitik liegt die größte Herausforderung für den Umgang der ugandischen Politik mit dem Klimawandel. Die ugandische Regierung betont in diesem Zusammenhang die Priorität entwicklungspolitischer

AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS AUF DIE UGANDISCHE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Einbußen in der Landwirtschaft gefährden die Lebensgrundlage für viele Ugander, die in der Mehrheit von Subsistenzagrarwirtschaft abhängig sind. Zudem ist die Produktion wichtiger landwirtschaftlicher Exportgüter, allen voran Kaffee, gefährdet.

Der sinkende Wasserspiegel des Victoriasees, der sich ohne nennenswerte Zuflüsse beinahe ausschließlich aus Regenwasser speist, gefährdet die Brutgebiete vieler Fischarten und führt zu Fischsterben. In der Folge haben sich die Fischfänge in den vergangenen Jahren reduziert, was sich existenzbedrohend auf viele Fischer und ihre Familien auswirken kann.

Die Zunahme in der Frequenz und Intensität unüblicher Wetterbedingungen wirkt sich auch auf den Gesundheitsbereich aus. Schwere Regenfälle verursachen Überflutungen, die zum Ausbruch von Krankheiten wie Cholera, Ruhr und Bilharziose führen. Während der Trockenzeiten dagegen mehren sich die Fälle von Augeninfektionen, Haut- und Atemwegserkrankungen. Auch Malaria scheint sich in Folge des Temperaturanstiegs zu verbreiten, da sich die Brutgebiete der Anophelesmücke ausweiten.

Ernteeinbußen verschärfen die Nahrungsmittelknappheit, die wiederum zu Unterernährung und Mangelerscheinungen führt.

Das Absinken des Wasserspiegels des Victoriasees wirkt sich auch auf die Energieversorgung aus. Hydroenergie ist Ugandas wichtigste Quelle elektrischer Energie. Der Großteil des Stroms wird entlang des Weißen Nils erzeugt, der sich aus dem Victoriasee speist. Der sinkende Wasserdruck hat zur Folge, dass weniger Strom produziert wird als geplant.

In einigen Teilen des Landes verschärfen die beschriebenen Folgen des Klimawandels bereits existierende Konflikte. Besonders betroffen ist Karamoja, eine semiaride Region im Nordosten des Landes, die von extremer Armut geprägt ist. Hier konkurrieren Nomadenstämme zunehmend um Weideland und Wasserreserven. Der Konkurrenzkampf hat sich unter anderem in Folge einer über Jahre andauernden Dürre zu einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt entwickelt. Angesichts des Mangels an Wasser und Nahrungsmitteln bewaffnen sich die Bewohner der Region mit Gewehren und schließen sich Viehraubzügen an.

Ziele. Die Folgen des Klimawandels, so die ugandische Umweltministerin Maria Mutagamba in ihrer Rede bei der Klimakonferenz in Cancún im Dezember 2010, „gefährden und unterwandern die Bemühungen der [ugandischen] Regierung zur Erreichung des Ziels des nachhaltigen nationalen sozioökonomischen Wachstums, inklusive der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele“.

UGANDISCHE KLIMAPOLITIK: HOHE ZIELE, SCHWIERIGE UMSETZUNG

Die Herausforderungen an eine ugandische Klimapolitik sind enorm. Neben dem Bereich der Entwicklungspolitik sind diverse andere Politikfelder betroffen – mit unklaren Trennlinien. Der Klimawandel hat Relevanz für Wirtschaftswachstum, Agrarproduktion, Gesundheitspolitik, Wasserversorgung, Energieversorgung

und sogar die Sicherheitspolitik. Die Probleme und Herausforderungen in all diesen Bereichen stehen in wechselseitiger Beziehung zueinander und lassen sich kaum isoliert betrachten und bewältigen.

Bereits im Jahr 2007 verabschiedete Uganda sein National Adaption Programme of Action (NAPA). Die NAPAs sind nationale Aktionsprogramme, die Anpassungsstrategien an die Auswirkungen des Klimawandels enthalten und die anhand der jeweiligen Ausgangssituation des Landes die dringendsten Maßnahmen identifizieren. Das Instrument der NAPAs wurde zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs) und der kleinen Inselstaaten gegründet, die am meisten unter dem primär von den Industriestaaten verursachten Klimawandel leiden. Im Rahmen des Instruments wurde ein Fond eingerichtet, der die

Anpassungsmaßnahmen finanzieren soll. Die ugandische Regierung folgte in der Formulierung eines landesspezifischen NAPAs internationalen Richtlinien und Prinzipien.

Ziel des Aktionsplans ist die Abstimmung von Adaptionsmaßnahmen zum Klimawandel mit nationalen Entwicklungszielen im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele und der nationalen Strategie zur Armutsbekämpfung (Poverty Eradication Action Plan, PEAP). Der Plan berücksichtigt dabei auch Empfehlungen von landesweit befragten Gemeinden und enthält einen Maßnahmenkatalog mit priorisierten Zielen. Dazu zählen unter anderem Baumpflanzungsprogramme, die Stärkung meteorologischer Dienste, Projekte zu Wasserversorgung und sanitärer Infrastruktur, Anpassungsmaßnahmen für Dürreperioden und Strategien zum Wissensmanagement und zur besseren Nutzung indigener Kenntnisse.

Koordiniert wird die Umsetzung des Programms von der Ministerin für Wasser und Umweltschutz. Zur Ausführung und Überwachung der einzelnen Projekte etablierte sie ein nationales Komitee, das National Climate Change Steering Committee (NCCSC) sowie ein dazugehöriges Sekretariat.

Kritiker sehen in dem Maßnahmenkatalog einen wichtigen ersten Schritt, der aber erstens nicht weit genug ginge und zweitens von Beginn an nicht richtig umgesetzt werde. Zur effektiven Umsetzung der als „dringend und unmittelbar“ definierten Maßnahmen fehle es an technischer Unterstützung und finanziellen Ressourcen. Zudem werden die institutionellen Koordinierungsmechanismen als zu schwach kritisiert und Befürchtungen geäußert, die weit verbreitete Korruption im Land würde auch diesen Bereich unterwandern. Die langfristige Finanzierung stellt sich als größtes Problem dar, da es an nationalen Mitteln fehlt und auch der eingerichtete internationale Fonds an Unterfinanzierung leidet.

Im Jahr 2008 wurde als weiteres Instrument das Parliamentary Forum on Climate Change (PFCC) gegründet. Ziel dieser Gruppe von Parlamentsabgeordneten ist es, Gesetzesvorhaben zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels voranzubringen sowie ein stärkeres öffentliches Bewusstsein zum Thema zu schaffen. Bei einem Symposium des PFCC im August 2010 wurde eine wichtige Frist beschlossen: Bis Mai 2011 soll Uganda eine umfassende nationale Klimapolitik definiert haben. Das bisherige Fehlen einer solchen ressortübergreifenden Klimapolitik wird besonders seitens ugandischer Zivilgesellschaftsvertreter kritisiert.

UGANDAS POSITION UND ERWARTUNGEN AN DIE INDUSTRIELÄNDER

In den internationalen Verhandlungen, zuletzt bei der Konferenz von Cancún, schloss sich Uganda der gemeinsamen Position afrikanischer Länder an. Diese gemeinsame Position war unter anderem auch Thema bei einem Treffen der Staatschefs der Afrikanischen Union in Ugandas Hauptstadt Kampala im August 2010. Nach der Enttäuschung des Gipfels von Kopenhagen im Jahr 2009 schien die Verabschiedung einer ambitionierten gemeinsamen Position einer eher nüchternen Herangehensweise zu weichen, was zu Kritik vor allem seitens der Zivilgesellschaft führte.

Die Position der afrikanischen Länder, die zu den am stärksten betroffenen Ländern und gleichzeitig nicht zu den Hauptverursachern zählen, umfasst die Forderung nach einer Eindämmung des Klimawandels durch verpflichtende Vereinbarungen zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen seitens der Industrieländer, Ausgleichszahlungen zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen sowie erleichterten Technologietransfer.

Für Afrika als besonders gefährdete Region ist die Verabschiedung eines rechtlich bindenden Folgeabkommens zum Kyoto-Protokoll von Bedeutung, um einen messbaren Abbau von Emissionen zu gewährleisten und die globale Erderwärmung in einem beherrschbaren Rahmen zu halten. Die maximale Erderwärmung dürfte dabei aus afrikanischer Sicht 1,5 Grad Celsius nicht übersteigen. Jede darüber hinaus gehende Erhöhung hätte laut Experten verheerende und unbeherrschbare Konsequenzen für den Kontinent. Die Industrieländer werden deshalb aufgefordert, ihre Emissionen bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent zu verringern.

Die Ergebnisse des Gipfels von Cancún sind für die afrikanischen Staaten in mancher Hinsicht weniger desillusionierend als der Ausgang des Gipfels von Kopenhagen, da sich die Staaten zum Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad bekennen, während die für Afrika notwendige Senkung der Marke auf 1,5 Grad explizit als Option weiter verfolgt wird. Eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bleibt für den nächsten Gipfel in Durban auf der Agenda. Zudem wurde mit der Schaffung eines Green Climate Fund und des Cancún Adaption Framework zumindest ansatzweise auf die Forderungen nach Ausgleichszahlungen und Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen eingegangen. Allerdings bleiben die bisherigen finanziellen Zusagen deutlich hinter den afrikanischen Forderungen zurück. Alles in allem gelten die Ergebnisse des Gipfels von Cancún auf afrikanischer Seite als weniger desaströs als

zwischenzeitlich antizipiert, allerdings bieten sie auch wenig Anlass zum Jubel. Die bisherigen Abmachungen reichen bei Weitem nicht aus, um die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels in Afrika auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Einen bitteren Nachgeschmack hinterließ die offensichtliche Unfähigkeit der afrikanischen Länder, effektiv mit geschlossener Stimme zu sprechen. Dies war vor allem ein Resultat äußerst widersprüchlicher Aussagen einiger afrikanischer Politiker, allen voran der Premierminister Kenias und Äthiopiens.

Auf Seiten der ugandischen Regierung wird weiter betont, man wolle sich, obwohl man nicht zu den Hauptemittenten und Verursacherstaaten zähle, freiwillig zu einer Senkung zukünftiger Treibhausgas-Emissionen verpflichten. Verbunden wird dies mit der wiederholten Forderung nach mehr Unterstützung durch die Industrienationen. Aus dem Umweltministerium verlautet, dass die bisherige Hilfe zum Aufbau der erforderlichen Kapazitäten zur Anpassung an den Klimawandel in besonders gefährdeten Entwicklungsländern wie Uganda bei Weitem nicht ausreichend sei. Zudem müsse ein einfacher und preiswerter Technologietransfer ermöglicht werden, um zum Beispiel Erneuerbare Energien zu fördern und Systeme zur Wettervorhersage zu verbessern.

Die ugandische Umweltministerin betont die Notwendigkeit der verstärkten Berücksichtigung klimarelevanter Probleme in der Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit. Die deutsche Kooperation mit Uganda geht hier mit gutem Beispiel voran. Zwei Arbeitsschwerpunkte der GIZ in Uganda sind eng mit dem Thema Klimawandel verzahnt: die Unterstützung im Wassersektor sowie die im Energiesektor. Das

Förderprogramm im Wassersektor hat eine explizite Komponente der Anpassung an den Klimawandel. Im Energiesektor geht es vor allem um die Förderung Erneuerbarer Energien und die Verbesserung von Energieeffizienz.

ÖFFENTLICHES BEWUSSTSEIN

Eine der größten Herausforderungen in Uganda bezüglich des Klimawandels geht über politische Maßnahmen hinaus: das noch immer mangelnde Bewusstsein in der Bevölkerung. Gerade in der ländlichen Bevölkerung mangelt es an Wissen zum Phänomen des Klimawandels und seiner Folgen. Viele der in Armut lebenden Ugander können die Konsequenzen ihrer eigenen Handlungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel kaum einordnen und setzen aus Mangel an Alternativen – bzw. zum Teil auch aus mangelndem Wissen über durchaus verfügbare Alternativen – umweltschädliche Praktiken fort. Hier ist im Rahmen einer ugandischen Klimapolitik vor allem Aufklärungsarbeit gefragt.

Eine wichtige Rolle spielen auch die Medien, die allerdings noch immer relativ wenig zum Thema Klimawandel berichten. Das mediale Interesse ist jenseits der Berichterstattung über Wetterextreme und Naturkatastrophen relativ gering, es finden sich nur wenige detaillierte Berichte zum Klimawandel, vor allem was die komplexen Zusammenhänge von lokalen und globalen Faktoren betrifft. Grund zur Hoffnung jedoch gibt die zunehmend aktive Zivilgesellschaft und die wachsende Zahl an Initiativen und Organisationen, die sich den Themen des Klimawandels und Umweltschutzes widmen und wichtige Aufklärungs- und Lobbyarbeit leisten.

WESTAFRIKA: BENIN, BURKINA FASO, CÔTE D'IVOIRE, MALI, NIGER UND TOGO

Klaus D. Loetzer | Maria Zandt

In Westafrika sind Dürre und Wasserarmut auf der einen und hohe Regenfälle und Überschwemmungen auf der anderen Seite Zeichen des Klimawandels und eine wachsende Herausforderung für die Region.

Klimawandel und Erderwärmung sind zwar in der politischen Rhetorik präsent, das tägliche Überleben steht aber für die meisten Menschen im Vordergrund.

EINFÜHRUNG: EXTREME UMWELT- UND WETTERSITUATIONEN NEHMEN ZU

Die Zeit seit dem *KAS-Klimareport 2007* waren Jahre der Extreme für Westafrika – Hungersnot und Dürre in Niger und Mali auf der einen, monatelange Regenfälle und Überschwemmungen in Benin, Togo und Burkina Faso auf der anderen Seite. Obwohl sich die Klimaforscher nicht sicher über die Ursachen der extremen